

Erzgebirgischer Volksfreund.

Tage- und Amtsblatt

für die Gerichtsämter und Stadtrathe Grünhain, Johannsorgenstadt, Schwarzenberg, Wildenfels, Aue, Elsterlein, Hartenstein, Böhmig, Neustädtel und Zwönitz.

N 137.

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Sonnabend, den 17. Juni.

Insertionsgebühren die gespaltene Zeile 8 Pfennige.

1865.

Preis vierteljährlich 15 Ngr.

Insertaten-Annahme für die am Abend erscheinende Nummer bis Vormittags 11 Uhr.

(3295)

Holz = Verkauf.

Im Steiner Fürstlichen Forste in dem Holzschlage auf der Mählslette sollen

Mittwoch, den 21. Juni 1865,

48 buche und 131 weiche Stämme

26 do. und 120 do. Kiefer,

Donnerstag, den 22. Juni 1865,

18 Kistern. buche und 17 Kistern. weiche Brennholz

93 weiche starke Stücke,

6 Schock buches und 54 Schock weiches Astreisig,

jedemal von der 10. Vormittagsstunde an gewöhnlichermaßen verkauft werden, wobei die Versammlung in dem Holzschlage ist. Hartenstein, am 16. Juni 1865.

Die Fürstliche Forstverwaltung obigen Reviers.
Socher. Reyer.

(3299)

Auction.

Rünftigen

12. Juli 1865,

von Vormittags 9 Uhr an,

sollen an hiesiger Amtsstelle verschiedene Gegenstände, worunter ein gutes Pianoforte befindlich, gegen sofortige Baarzahlung notwendigerweise versteigert werden. Böhmig, am 15. Juni 1865.

Fürstl. Schönburg. Gerichtsamt daselbst.
Bollert.

(3323-24)

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten königlichen Gerichtsamte sollen

den 4. Juli 1865,

Vormittags 10 Uhr, II. Etage,

circa 24 Centner gebleichte Stricklumpen zu Fabrication von Kunstbaumwolle, Fliesen oder Watte sich eignend, öffentlich versteigert werden. Erstehungslustige werden geladen, gedachten Tages an hiesiger Gerichtsamtstelle sich einzufinden und des Weiteren gewärtig zu sein. Königliches Gerichtsamt Schneeberg, am 12. Juni 1865.

In Interimsverwaltung:
Dvenzel, Assessor.

Delschlägel.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Preußen. Von allgemeinem Interesse waren die Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus über die Regierungsvorlage der Kriegskosten, welche der vorjährige Krieg mit Dänemark verursacht hat. v. Bismarck und mit ihm das gesammte Ministerium hatten freilich gehofft, Schleswig-Holstein erst fest und innig mit Preußen vereinigt zu haben, Schleswig-Holstein als eine preussische Provinz proclamiren zu können, bevor sie mit dieser Kriegskostenvorlage vor das Abgeordnetenhaus treten; doch — der Mensch denkt und Gott lenkt. Was v. Bismarck so sehnlich, so fest gehofft, es ist nicht in Erfüllung gegangen: Schleswig-Holstein ist von Preußen noch nicht aufgespeist. Darum hat aber auch das Ministerium mit seiner Kriegskostenvorlage beim Abgeordnetenhaus wieder eine glänzende, eine großartige Niederlage erlitten. Die Debatte über die Kriegskostenvorlage fand aber in zwei Sitzungen (einer Vormittags- und einer Abendsitzung) am 13. Juni statt. Der Antrag der Commission lautet:

Den Antrag der königlichen Staatsregierung, welcher dahin geht: der Landtag wolle der stattgefundenen Verwendung der Verwaltungsüberschüsse der Jahre 1863 und 1864 im Betrage von resp. 5,351,608 Thlrn. und 6,861,828 Thlrn. sowie einer Summe von 1,304,089 Thlrn. aus dem Staatsschatze zur Bestreitung der Kosten des Krieges gegen Dänemark nachträglich seine Zustimmung ertheilen und zugleich sich damit einverstanden erklären, daß die aus derselben Veranlassung herrührenden Ausgaben zur Verstärkung der artillerischen und fortificatorischen Ausrüstung mit dem Betrage von 4,256,900 Thalern vorbehaltlich des rechnungsmäßigen Nachweises ebenfalls aus dem Staatsschatze nach Bedarf entnommen werden — abzulehnen.

Der Hauptführer der Rechten oder der reactionären Partei, Wagener, hatte mit 30 Gleichgesinnten einen außerordentlichen Antrag gestellt, die Forderungen der Regierung ohne weiteres zu bewilligen. Abg. Wagener verteidigte seinen

Antrag auf Bewilligung ungefähr damit: „Die Verweigerung der Kriegskosten heiße die Thaten der preussischen Armee nachträglich weglugnen, heiße über vollendete Thatfachen zur Tagesordnung übergehen. Ein von Preußen losgelöstes Elbherzogthum würde jeder Vergeßlichkeit Preis gegeben und das höchste Ziel der preussischen Politik müsse die Erwerbung der Elbherzogthümer sein. Durch Verweigerung der Kriegskosten mehr Einfluß auf die auswärtige Politik der Regierung erlangen zu wollen, sei verfassungswidrig, ein Eingriff in die Vorrechte der Krone. Das Haus stelle sich dadurch das Zeugnis aus, daß es sich selbst nicht für fähig halte, praktische auswärtige Politik zu treiben, und es werde der Regierung den Punkt schaffen, von dem aus sie im Stande sein werde, die ganze Opposition aus den Angeln zu heben. (Sehr richtig! Widerspruch.)“ Die meisten Redner sprachen aber für Ablehnung der Bewilligung, also für den Commissionsantrag. So vorzugsweise die Abg. Dunder und Waldeck. Abg. Dunder wendet sich zunächst in einer Polemik gegen den Vorredner Wagener. „Gerade die nationale Partei hat die schleswig-holsteinische Frage in Anregung gehalten und darum konnte Herr v. Bismarck den Krieg gegen Dänemark nicht aufhalten. Uns fehlt das Vertrauen des Königs, und dem Ministerium das Vertrauen des Volkes. Wir bedürfen der freien Zustimmung der Schleswig-Holsteiner, ein Zwang gegen sie ist unstatthaft. Es muß Aufgabe der Regierung sein, diese freie Zustimmung zu erlangen zu suchen, aber sie vermag es nicht. Die Kriegskosten können wir schon um deswillen nachträglich nicht genehmigen, weil wir nicht einmal über die laufenden Ausgaben uns verständigen können.“ Abg. Waldeck: Wie können wir über die Ueberschüsse aus den Jahren 1863 und 1864 verfügen, da die Regierung für diese Jahre ja gar keine Etats publicirt hat? (Beifall.) Treiben wir keine Politik der Zukunft, die wir nicht kennen! Ich bin nicht gegen eine Vergrößerung Preußens, aber ich will nicht mithelfen zur Erzeugung europäischer Verwickelungen. Warten wir ab, was die Regierung bringt; ist es gut, so werden wir, so wird Deutschland es acceptiren. Mehr zu thun, wäre politische Kannegießerei. Jetzt erhebt sich der Minister v. Bismarck und bietet in einer längeren Rede alles auf, um das Abgeord-